

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

vermittelt die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oskarsche Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Er erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Witerscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 249 Bad Schandau, Montag, den 24. Oktober 1927 71. Jahrgang

Schiedspruch im Bergarbeiterstreik verbindlich

Anerkennung durch den Arbeitsminister Dr. Brauns

Heute Arbeitsaufnahme im Braunkohlenrevier.

Nach längerer Beratung wurde Sonnabend 16.20 Uhr von der Funktionärerversammlung der Braunkohlenarbeiter in Halle der Schiedspruch des Reichsarbeitsministers mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Versammlung erwartete die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister und blieb noch eine Stunde zusammen. Erfolge die Verbindlichkeitsklärung bis dahin nicht, so sollte der Streik weitergehen. Die Versammlung wurde von dem Abg. **Husemann** (Mitglied des Reichstages) geleitet. Nachdem die Verbindlichkeitsklärung bekanntgeworden war, beschloß die Versammlung einstimmig die Aufnahme der Arbeit am Montag.

Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hatte den vom Schlichter, Professor Dr. Brahn, gefällten Schiedspruch abgelehnt. Die Arbeitgeber stehen noch immer auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, wie sie im Schiedspruch vorgesehen ist, für sie nur dann tragbar ist, wenn auch eine Erhöhung der Kohlenpreise erfolgt. Diese Erhöhung wird aber von dem Reichswirtschaftsminister nach wie vor abgelehnt.

In Halle hatten sich die Organisationsleitungen der Gewerkschaften zu einer internen Beratung zusammengefunden, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Es wurde festgestellt, daß die Lohnerhöhung, die infolge des Schiedspruchs eintritt, zwar hinter der Forderung der Gewerkschaften erheblich zurückbleibt, aber immerhin insgesamt 11 1/2 Prozent auf die bestehenden Löhne beträgt. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, der Delegiertenkonferenz die Annahme des Schiedspruchs zu empfehlen.

Der Inhalt des Schiedspruchs.

Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer.
Zur Beilegung des Arbeitskampfes im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Schlichterkammer nach zweitägigen Verhandlungen einen Schiedspruch gefällt, durch den der tarifliche Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft im Kernrevier I vom Tage der

Wiederaufnahme der Arbeit ab von 5,20 Mark auf 5,80 Mark erhöht wird. Die Lohnerhöhungen in den übrigen Kernrevieren erfolgen im gleichen Verhältnis. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1928 gekündigt werden. Die Parteien hatten sich bis zum Sonnabend nachmittag 4 Uhr über die Annahme des Schiedspruchs zu erklären.

Die Aufnahme des Schiedspruchs.

Ueber die Aufnahme des Schiedspruchs im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau teilt die Kreishauptmannschaft Leipzig für das ihr unterstehende Verwaltungsgebiet u. a. mit: Der Schiedspruch wird von den Bergarbeitern, wenn auch nicht mit voller Befriedigung, so doch ohne wesentlichen Widerstand angenommen. Die kommunistischen Kreise machen zwar Opposition und treten für Fortsetzung des Streikes bis zur Bewilligung der vollen Forderung von 80 Pfg. ein, ihnen fehlt aber die Macht, den Gang der Dinge entscheidend zu beeinflussen. Auch auf Seiten der Arbeitgeber findet man sich mit dem Schiedspruch ab; man rechnet allerdings damit, daß als Folge davon eine Anzahl nunmehr völlig unrentabler Gruben stillgelegt werden. Sollte dies tatsächlich eintreten, so dürften die dadurch erwerbslos werdenden Bergarbeiter ohne weiteres in den größeren Werken Aufnahme finden können, da ja seit langer Zeit über Arbeitermangel geklagt worden ist und der Witslang aus Schäften usw. herangezogene Arbeitererfahrungen für die Amtshauptmannschaft Borna nicht gerade ein sehr erwünschter Zugang war.

Für eine Neuregelung der Braunkohlenpreise.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat und das Ostelbische Braunkohlensyndikat haben die sofortige Einberufung einer sofortigen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Tagesordnung „Neuregelung der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

Der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands erklärt in einer Pressebesprechung, daß die Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis, die im Großhandel bestenfalls 1,20 Mark pro Tonne betrage, im Kleinhandel 74 Pfg. pro Zentner bei Lieferung frei Keller ausmache, also weit davon entfernt sei, große Gewinne zu ermöglichen.

Parter Gilberts Eingreifen.

Besprechungen mit Dr. Köhler.

Die Denkschrift des Reparationsagenten Parter Gilbert hat doch wohl größere Bedeutung gehabt, als sie die ersten abschwächenden offiziellen Darstellungen wahr haben wollten.

Sonnabend fand die angekündigte Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler mit dem Reparationsagenten Parter Gilbert im Reichsfinanzministerium statt. Die Verhandlungen dauerten bis nach 8 Uhr abends, führten indes nicht zu einem befriedigenden Ergebnis. Sie werden deshalb anfangs der Woche fortgesetzt werden.

Am 24. wird dazu gesagt: Zu den verschiedenen Pressemeldungen über einen angeblichen Schritt des Generalagenten für Reparationszahlungen aus Anlaß der zurzeit dem Reichstag unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfährt man, daß im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem gepflogenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirtschaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen auf den Dawes-Plan der Generalagent dem Reichsfinanzminister eine Darlegung seiner Auffassung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland überhand hat. Diese Darlegung liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zugrunde.

Anschlußfrage des österreichisch-deutschen Volksbundes

Reichstagspräsident Lobe über den Anschluß.

Am 24. Oktober. Die Ortsgruppe Köln des österreichisch-deutschen Volksbundes veranstaltete heute in Gürzenich eine eindrucksvolle Kundgebung für den Anschluß.

Reichstagspräsident Lobe hielt eine mit großem Beifall ausgenommene Rede, in der er darauf hinwies, daß bei der Salzburger Volksabstimmung 98% der Bevölkerung sich für den An-

schluß an Deutschland erklärt hätten. Der österreichisch-deutsche Volksbund habe die Vereinigung beider Länder auf dem Boden des Rechts und der Selbstbestimmung der Völker. Das deutsche Volk strecke seine Hände nicht nach fremden Völkern aus. Annexionen läge ihm fern. Deutschland strebe keine Vereinigung mit der deutschen Schweiz an, da dieses Land nie den Wunsch geäußert habe, deutsch zu werden. Der Redner sagte sich dann mit den jüngsten Ausführungen Sauerweins im „Matin“ über die Anschlußfrage auseinander und erwiderte darauf, daß, wenn es dem französischen Blatt zweifelhaft sei, ob das Anschlußproblem bestehe, ganz Oesterreich durch Abstimmung selbst die Antwort darauf geben könne, ob es zu Deutschland wolle oder nicht. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Tag bald kommen werde, an dem niemand mehr wagen werde, dem deutschen Volk Vorwürfen über sein Selbstbestimmungsrecht zu machen. Dem österreichischen Staat hätte von den Gegnern verboten werden können, deutsch-österreichische Republik zu werden. Man könne aber den Oesterreichern nicht verbieten, deutsch zu fühlen und zu handeln.

Zum Schluß richtete er die Aufforderung an alle Deutschen, die Oesterreicher so zu behandeln, als ob sie Deutsche seien. Reichstagsabg. Dr. v. Kemnitz (DVP.) erklärte, daß gerade in dieser Frage ausnahmsweise im deutschen und im österreichischen Volke völlige Uebereinstimmung herrsche. Im österreichisch-deutschen Volksbund sei Platz für Männer und Frauen aller politischen Richtungen. Der Redner warnte davor, die Anschlußfrage durch Parteigeiz zu gefährden.

Der letzte Redner der Veranstaltung war Dr. Neubacher-Wien. Er wies auf die alten Kulturbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich hin und betonte, daß die kulturellen Anschauungen beider Länder immer dieselben gewesen seien. Heute sei ein Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs nichts anderes, als die Wiederherstellung des deutschen Rechtes.

Domstung. Das britische Kanonenboot „Curfew“ ist 64 Kilometer oberhalb Wuhus von Maschinengewehren beschossen worden. Es erwiderte das Feuer und brachte die Maschinengewehre zum Schweigen.

Tokio. Von unbekannter Hand ist auf die Filiale der Koreanischen Bank in Taiha auf Korea eine Bombe geworfen worden.

Für eilige Leser.

* Wie alljährlich, findet auch diesmal am 28. Oktober zum Jahrestage der Gründung der tschechoslowakischen Republik in Prag eine große Militärparade statt. Um 7 Uhr früh wird eine Batterie 28 Kanonenschüsse abfeuern. Um 10 Uhr wird die gesamte Prager Garnison vor dem Präsidenten Masaryk vorbeimarschieren.

* Der spanische Botschafter stattete Briand einen längeren Besuch ab, in dessen Verlauf er den Stand der Verhandlungen über das Tangerstatut erörterte. Man glaubt, daß die Pariser Konferenz in der ersten Hälfte des Monats November ihre Arbeit wieder aufnehmen wird.

* Die Ozeanfliegerin Grayson, die gestern von Old Orchard aus zum Fluge nach Kopenhagen startete, ist bald darauf wieder zurückgekehrt.

* Wie aus Buenos Aires berichtet wird, hat sich eine Kohr-explosion einer schweren Haubiße während der Armeemanöver in Mendoca ereignet, wodurch sechs Mann getötet und 60, darunter drei Offiziere, verletzt wurden. Kriegsminister General Justo war Zeuge der Explosion, wurde aber nicht verletzt.

Das wirtschaftliche Antlitz Danzigs.

Von Dr. G. A. Daiger.

Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, hat vor kurzem darauf hingewiesen, daß Danzig seine schönste Aufgabe darin erblicken sollte, „Mittler“ zwischen Deutschland und Polen zu sein. Das Wort mag sehr schön klingen, aber man darf nicht vergessen, daß der kulturelle Abstand zwischen Danzig und Polen in der Nachkriegszeit von Jahr zu Jahr immer stärker in Erscheinung tritt, obwohl Danzig vom Reiche losgerissen und durch die Zollunion wirtschaftlich mit Polen zusammen gekoppelt ist.

Die Wirtschaftskreise in Danzig haben seit Jahr und Tag verführt, die Klüfte der verschiedenartigen politischen Unstimmigkeiten zu überbrücken, weil doch die Zusammenarbeit der Kaufleute immer die beste Brücke bildet, auf der die Staatsmänner zusammenkommen können. Man darf auch nicht übersehen, daß die Hauptlasten der Loslösung Danzigs vom Reich von der Danziger Wirtschaft zu tragen sind.

Von den 380 000 Einwohnern der Freien Stadt Danzig leben nicht weniger als 230 000 in der Stadtgemeinde Danzig, einer typischen Handelsstadt mit Schifffahrt, Expedition und Industrie.

Polen dagegen ist ein Agrarstaat mit einzelnen industriellen Bezirken, deren Wiederaufbau bzw. Neuerichtung im Schutze der Zollmauern erfolgt. Die meisten der 27 Millionen Einwohner Polens sind in ländlichen Berufen tätig. Die große Masse der polnischen Bevölkerung stellt wesentlich geringere Lebensansprüche als die Danziger Bevölkerung, die zivilisatorisch und kulturell auf der Stufe der deutschen Bevölkerung steht und mit ihr durch Tausende von Jäden kultureller und wirtschaftlicher Art verbunden ist.

Zu dieser einschneidenden Verschiedenheit der Länder und der Menschen kommt die große Verschiedenheit der Währungen. Danzig hat noch früher als das Reich seine Währung gefestigt, und der Danziger Gulden, auf dem englischen Pfund aufgebaut, dürfte unerschütterlich sein. Polens Bloth dagegen ist stark unterwertig und bedarf des Schutzes in erheblichem Maße. Der Kurs konnte seit längerer Zeit stabil gehalten werden, jedoch beträgt er nur wenig mehr als die Hälfte des Danziger Gulden. Diese wichtigen Unterschiede in der Währung lassen sich allem Anschein nach nicht beseitigen. Sie bilden die Grundurfahe für alle Schwierigkeiten, die sich bei dem Ausbau der wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten Danzigs und Polens ergeben.

So war auch der Zolltarif nicht nur in der Höhe der Sätze, sondern auch in der Gliederung für Danzig von Anfang an höchst unbefriedigend. Die Umarbeitung des polnischen Zolltarifs ist im Gange und das Namensverzeichnis für den neuen Tarif bereits fertiggestellt. Aber Danzigs Mitarbeit beim neuen Zolltarif kann sich leider nicht mit dem wünschenswerten Gewicht auswirken, zumal die Danziger Anschauungen vielfach im Gegensatz zu denen der polnischen Kreise, besonders der industriellen Gruppen stehen. Diese sind ausgesprochen schutzöllnerisch, ja protektionistisch eingestellt, während Danzig als Seehandelsstadt den Abbau der Zollmauern erstrebt.

Im Güterausstausch ist Polen bemüht, von seinen Erzeugnissen so viel wie möglich zu verkaufen, seine Ausfuhr aufs äußerste zu steigern, selbst aber tünlichst wenig einzuführen, durch Einfuhrverbote und Hochschutzzölle die Handelsbilanz zu verbessern und die Währung zu schützen. Da nun die polnische Handelsbilanz aber seit April dauernd in Gefahr schwebt, so versucht Polen, die Gegenmittel zu verschärfen. Die Leidtragenden dabei sind immer die Danziger Kaufleute.